



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin & Sprecherin für Rechtspolitik
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Reisebericht

US-Wahlbeobachtung vom 04. bis 09. November 2016

OSZE Mission

Erstmals hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf Einladung der US-Regierung eine umfangreiche Wahlbeobachtungsmission mit insgesamt 28 Langzeit- und 300 Kurzzeitbeobachtern auf den Weg gebracht.

Diese Einladung steht allerdings unter dem Vorbehalt der einzelstaatlichen Regelungen. Wir wissen daher vorher nicht, ob und wo wir tatsächlich Zugang zu den Wahllokalen bekommen.

Der Zugang für internationale Beobachter ist allerdings ein OSZE-Standard, zu dem sich auch die USA insgesamt verpflichtet haben.

In den früheren Jahren gab es auch Missionen, allerdings in wesentlich kleinerem Umfang und ausschließlich mit sogenannten Langzeitbeobachtern.

Von den etwa 300 Kurzzeitbeobachtern stellte die Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV) etwa 120 Parlamentarier.

Aus dem deutschen Bundestag nahmen 5 Abgeordnete an der Mission teil (2 CDU, 2 SPD, 1 Grüne).

Die Anreise erfolgte überwiegend am Freitag, den 04. November 2016, nach Washington, wo zweitägige Briefings stattfanden.

Zugang zu Wahlen

Am Samstag wurde uns u.a. die umstrittene Frage der Identifizierung der Wähler am Wahltag erläutert. Erstaunlicherweise ist die Ausweispflicht bei den Wahlen in den USA sehr umstritten, obwohl dies bei uns eine Selbstverständlichkeit ist.

Hintergrund ist die Tatsache, dass es – anders als bei uns in Deutschland – in den USA keine Wählerliste gibt, keinen Personalausweis und keine Ausweispflicht.

Deswegen müssen die Bürger sich aktiv um ihre Registrierung bemühen. Von etwa 220 Mio. möglichen Wahlberechtigten sind etwa 35-50 Mio. nicht registriert.

Ob jemand tatsächlich die registrierte Person ist, wird am Wahltag in jedem Staat und in jedem Landkreis unterschiedlich geprüft.

Etwa 10 Millionen amerikanische Staatsbürger sind vom Wahlrecht ausgeschlossen. 6 Millionen, weil sie vorbestraft sind oder eine Strafe verbüßen und 4 Millionen, weil sie in den sogenannten Territorien wohnen wie bspw. in Puerto Rico.

Wahlrecht

Es gibt kaum nationales Wahlrecht außer der Verfassung selbst.

Es gibt den „Help America Vote Act“ von 2002, der Mindeststandards für die Durchführung von Wahlen, u.a. technische Standards, vorsieht.

Dazu gibt es eine nationale Institution, die „Election Assistance Commission“ (EAC), die Landkreise und Bundesstaaten dabei beraten und unterstützen soll diese Standards einzuhalten.

Ein weiteres zentrales Gesetz ist der „Voting Rights Act“ (VRA) von 1965, der ein Wahlrecht untersagt, das ethnische Minderheiten bei Wahlen diskriminiert.

Bis 2013 sah der VRA auch vor, dass Staaten, die in der Vergangenheit schon einmal diskriminierendes Wahlrecht angewendet haben, jede Änderung ihres Wahlrechtes vom Justizministerium genehmigen lassen müssen.

Dieser Teil des Gesetzes wurde allerdings 2013 vom Supreme Court für unwirksam erklärt.

Das führt dazu, dass viele umstrittene Wahlrechtsänderungen in den Staaten nicht mehr vor der Wahl geprüft wurden und nun gerichtlich angefochten werden.

Auch die Finanzierung ist auf nationaler Ebene reguliert und wird mehr oder weniger durch die „Federal Election Commission“ (FEC) überprüft.

Aufgrund jüngster Rechtsprechung des Supreme Court zur Meinungsfreiheit können auch Unternehmen und juristischen Personen unbegrenzt für Wahlkämpfe spenden.

Die Transparenzregeln werden durch sogenannte Super Pacs, Vereinigungen zur Einwerbung von Wahlkampfspenden, unterminiert. Die mangelnde Effizienz der Kontrolle durch die FEC wird von den Experten kritisiert.

Man ist sich im Klaren, dass die riesigen Summen dazu führen, dass Vermögende größeren Einfluss auf die Wahl haben als durchschnittliche Bürgerinnen und Bürger.

Allerdings sei in der amerikanischen Verfassung die Meinungsfreiheit eben viel stärker und weiter geschützt als die Freiheit und Gleichheit der Wahl. Es ergibt sich also bereits auf Verfassungsebene eine andere Abwägung als bspw. in unserem Grundgesetz.

Kongresswahlen

Da die Präsidentschaftswahl die ganze öffentliche Aufmerksamkeit absorbiert bleibt es international wenig beachtet, dass auch ein Drittel des Senats und das gesamte Abgeordnetenhaus neu gewählt werden.

So ist in Florida nicht nur der Kampf um die Wahlmänner sehr eng, sondern auch der zwischen den beiden Senatskandidaten Marco Rubio und Patrick Murphy. Anders als beim Abgeordnetenhaus haben die Demokraten eine reelle Chance die Mehrheit im Senat zurück zu erobern.

(in Florida wird Marco Rubio gewinnen und am Ende gibt es eine breite republikanische Mehrheit im Senat/zum Abgeordnetenhaus, siehe unten zu „gerrymandering“).

Überraschend gering ist die Frauenquote im Kongress mit deutlich unter 20 Prozent, was auch bei den zur Wahl stehenden Kandidaten nicht anders ist. Von 1515 Kandidaten für das Abgeordnetenhaus sind lediglich 190 Frauen.

Bei den Umfragen zur Präsidentschaftswahl gibt es hinsichtlich der Umfragen ein ungewöhnlichen "Gender Gap": Bei den Frauen hätte Trump keinerlei Chance.

Uns fällt am Wahltag auf, dass im Gegensatz dazu fast alle ehrenamtlichen Wahlhelferinnen weiblich sind.

Sonntag 6.11:

Gespräche mit politischen Repräsentanten, Wahlkampfmanagern und Analysten

Senator Benjamin Cardin (Dem):

Bis Sonntag haben etwa 25% der WählerInnen ihre Stimme abgegeben. Gezählt werden aber diese Stimmen erst am Wahltag.

Er benennt die bekannten kritischen Punkte im Wahlsystem und ergänzt hinsichtlich der Finanzierung, dass allein für die Wahlkampagne eines Senators in einem einzigen Bundesstaat teilweise 100 Mio. Dollar ausgegeben werden.

Er bittet uns im Bericht zu kritisieren, dass die 400.000 Einwohner von Washington DC nicht im Kongress vertreten sind.

Er bedauert, dass keine Wahlbeobachter aus Russland an der Mission teilnehmen und kritisiert die russische Regierung für die Cyberangriffe.

Er kritisiert die Republikaner für ihre Strategie, potentielle demokratische Wähler vom Wählen fern halten zu wollen. Es habe mehrere Fälle von gezielter Falschinformation über Ort und Zeit der Wahlen gegeben, die allerdings nicht offiziell der republikanischen Partei zugeordnet werden könnten.

Alle sollten ein Interesse an einer hohen Wahlbeteiligung haben.

Der FBI-Chef habe einen ungeheuerlichen Fehler gemacht, wegen der weiteren Mails von Clinton an die Öffentlichkeit zu gehen, da diese keinerlei Neuigkeiten enthielten und nur wesentlich Neues eine Bekanntgabe erfordert hätte.

Zum Thema Frieden befragt erklärt er, dass dieses Anliegen zentral sei für demokratische Wählerinnen und Wähler. Die neue Bedrohung sei eindeutig Russland – von Selbstkritik an der Stelle keine Spur.

Freihandelsabkommen seien durch Trumps Populismus inzwischen ein vergiftetes Thema. Die USA seien aber dringend auf die Ratifizierung des Trans-Pacific Abkommens angewiesen.

Senator Tom Davis (Rep):

Er schildert sehr plastisch, wie das Parteiensystem in den USA die extreme Polarisierung gefördert hat. Auch in anderen Länder, gerade in Europa, hätten populistische Strömungen Hochkonjunktur. Im Zweiparteiensystem der USA würde dies aber nicht zur Gründung von weiteren Parteien führen, sondern dazu, dass beide Parteien weiter auseinander driften.

Menschen sehen nur noch TV-Sender, in denen ihre Meinung vertreten wird und leben in Nachbarschaft mit Menschen, die so denken wie sie. Das Internet verstärke den Effekt, dass jeder nur noch die Informationen auswähle, die die eigene Auffassung bestätigen.

Wer aber nie mit der politischen Gegenseite spreche, könne keine Feindbilder abbauen.

Interessante Anmerkung zum Kongress: Abgeordnete wohnen nicht mehr in DC und gehen mal zusammen essen, sondern schlafen 3 Nächte im Büro und fliegen zurück in den Wahlkreise. Auch dies fände er nicht gerade hilfreich in diesem Zusammenhang.

Er schildert uns den Effekt von "gerrymandering" – also Wahlkreisschiebung – auf die Kongresswahlen. Beide Parteien nutzen ihre Regierungsmacht auf Staatenebene aus, um die Wahlkreise so festzulegen, dass sie einen politischen Vorteil daraus ziehen.

Das findet alle 10 Jahre zusammen mit dem Zensus statt. Beim letzten Mal 2010 haben die Republikaner in den meisten Staaten regiert, so dass die Demokraten seitdem kaum Chancen haben, Wahlkreise dazu zu gewinnen.

Die Wahlen im November seien für die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses eigentlich nur eine Formalie. Entscheidend sei in Wirklichkeit der Neuzuschnitt der Wahlkreise nach dem nächsten Zensus.

Nach der Wahl würde man so oder so zusammen arbeiten müssen, vor allem wenn Clinton Präsidentin sein sollte, ohne den Senat zu gewinnen.

Zu Trumps Persönlichkeit befragt schildert er diesen als „leicht exzentrisch“. Sollte er Präsident werden, wäre allerdings trotzdem mit einer verlässlichen republikanischen Politik zu rechnen.

Er führt die persönlichen Ausfälle Trumps auf dessen Naivität (wörtlich!) und seine Unerfahrenheit im politischen Geschäft zurück. Obwohl seine Sprache eigentlich abstoßen müsste, sei seine Botschaft für einen Wechsel stärker.

Robert Parry (politischer Journalist)

Er vergleicht Trump mit Reagan, der als "großer Kommunikator" seine professionelle Erfahrung als Schauspieler genutzt hat. Er wusste wie er die Menschen ansprechen musste.

Trumps Hintergrund sei eben Reality-TV und er habe dabei gelernt, was funktioniert und was nicht. Alles was funktioniert, habe er übernommen, völlig unabhängig von irgendwelchen inhaltlichen Positionen oder inneren Widersprüchen. D.h. Trump wisse sehr wahrscheinlich selbst noch gar nicht, was er als Präsident eigentlich machen wird.

Beide Parteiführungen hätten unterschätzt, wie unzufrieden die Menschen im Land sind mit den Folgen des Irakkrieges und den Folgen von Finanzkrise und Freihandel.

(Das Land zwischen den Küstenstaaten, wo die Eliten die Deutungshoheit verloren haben, nennt er "fly-over-parts-of-America".)

Die Demokraten hätten potentielle interne Gegenkandidatinnen, wie beispielsweise Elisabeth Warren, von einer Kandidatur abgehalten und Clinton gegen allen Widerstand als demokratische Kandidatin durchgedrückt.

So sei am Ende Trump die Rolle zugefallen, den Wunsch nach Veränderung, den Protest im Land gegen das System zu personifizieren.

Zum Abschluss hören wir die Kampagnenmanager der Grünen Kandidatin Jill Stein, David Cobb (selber Präsidentschaftskandidat in 2004), des Libertarian Gary Johnson, James Lark, und des unabhängigen Kandidaten Evan McMullin in Utah, Daniel Marquard.

Sie alle beschreiben die kaum zu überwindenden Hürden, die in jedem Staat einzeln genommen werden müssen, um auf den Stimmzettel zu kommen und plädieren für Änderungen im Wahlsystem.

Johnson ist es gelungen, auf alle 50 Stimmzetteln zu kommen. Auch Jill Stein hat es in 44 Staaten geschafft. Dennoch rechnen beide mit nicht mehr als 3-4 % der Stimmen (Johnson wird letztlich ca. 2 % schaffen und Jill Stein 0,6 %).

McMullen hat als konservativer Protestkandidat gegen Trump die reale Chance, in Utah zu gewinnen und dann mit eigenen Wahlmännern in das Electoral College, das Wahlmännergremium, einzuziehen.

Auf diesem Wege wäre es denkbar, bei knappen Ergebnissen eine Mehrheit im Wahlmännergremium zu verhindern und erstmals die Entscheidung an den Kongress zurück zu geben.

(Anmerkung: Auch in Utah ist Trump weit überlegen – McMullen hat aber ein beachtliches Ergebnis von etwa 20 % erzielt).

Wahltag in Florida:

Am frühen Morgen des Wahltages sind wir erstaunt, dass auch im umkämpften Florida mitten in Miami keinerlei Wahlwerbung zu sehen ist.

Nicht ein einziges Plakat gibt einen Hinweis darauf, dass Wahlen stattfinden. Das wirkt neben der medialen Präsenz dieser Kampagne merkwürdig unwirklich.

Der Andrang bei Eröffnung des Wahllokals ist enorm und es bilden sich Schlangen, weil die Wahlhelfer zunächst einmal mit dem technischen Equipment zur Identifizierung umgehen müssen.

Diese erfordert in Florida einen gültigen Lichtbildausweis, der zwar nicht zwingend, aber meistens der Führerschein ist.

Der Andrang wird im Laufe des Tages nicht mehr so hoch werden wie morgens – ein Hinweis darauf, dass eben die meisten Menschen auch an diesem Tage zur Arbeit gehen müssen.

Die Wahlverantwortlichen haben durchgängig alle keine Kenntnis, wie viele Wähler in ihrem Bezirk registriert sind und wissen auch nicht, wie viele Stimmzettel sie am Morgen bekommen haben. Das weiß angeblich nur die Maschine.

Auch der Umgang mit den ungebrauchten Stimmzetteln ist für uns befremdlich.

Die offenen Kartons liegen, zumindest in unserem ersten Wahllokal, ungesichert herum. Bei Schließung des Lokals wird niemand diese Stimmzettel zählen, da ohnehin nicht händisch gezählt wird. Bei der Schließung wird lediglich die Zahl der identifizierten Wähler mit der Zahl der abgegebenen Stimmzettel verglichen. Die Zählung selber erfolgt maschinell. Und so endet die Wahlbeobachtung bereits um 07:30 – eine halbe Stunde nach Schließung der Wahllokale.

Das Verfahren in Florida läuft wie folgt: Die Menschen identifizieren sich und erhalten einen Wahlzettel. Dieser Wahlzettel sieht in fast jedem Wahllokal anders aus und enthält neben den Präsidentschaftswahlen und den Kongresswahlen auch Wahlen zu Richtern, Staatsanwälten und mehreren Gesetzesinitiativen. Insgesamt schwankt die Anzahl der zu treffenden Entscheidungen zwischen 35 und 45.

In Florida steht u.a. eine Initiative zur Abschaffung des Verbots von privater Solarenergie zur Abstimmung. Das Verbot der Solarenergie hat offensichtlich sogar verfassungsrechtlichen Rang in Florida! Am Ende wird diese Initiative mit knapp 50 % an der erforderlichen Quote von 60 % scheitern. Es wird also weiterhin keine Solaranlagen im Sunshine State geben!

Zum Ankreuzen der Wahlzettel haben die Tische lediglich seitlichen Sichtschutz, während hinter den Wählern andere hin und her laufen. Wenn man das schon als bedenklich einstufen könnte, wird das Wahlgeheimnis dann jedenfalls bei der letzten Stufe, dem Scannen des Wahlzettels, völlig aufgegeben.

Die meisten Menschen benötigen beim Scannen Anleitung und Hilfestellung. Dabei wird der Wahlzettel aus der Sichtschutzmappe entnommen, gedreht, gewendet und dann irgendwie auf den Scanner gelegt.

Die Verletzung des Wahlgeheimnisses scheint aber noch harmlos im Vergleich zu den Einschränkungen beim Wahlrecht durch die Registrierung.

In Florida müssen sich alle bis spätestens 29 Tage vor der Wahl registriert haben. Wer sich also erst 2 Wochen vor der Wahl zum Wählen entscheidet, kann sein Wahlrecht nicht mehr ausüben.

Viele potentiell Wahlberechtigte merken aber erst nach der Registrierungsfrist, dass sie gar nicht mehr registriert sind, weil sie seit ihrer letzten Registrierung vor mehr als 8 Jahren zweimal nicht gewählt haben und damit automatisch von der Liste der registrierten Wähler gestrichen wurden.

Wir sehen zum Beispiel eine junge Frau, die abgewiesen wird, weil sie in dieser Frist geheiratet hat und sich mit ihrem neuen Namen noch nicht rechtzeitig registrieren konnte.

Unser Zugang zu den Wahllokalen wird im Laufe des Tages immer schwieriger zu erkämpfen. In 3 von 11 Wahllokalen werden wir am Ende auch abgewiesen.

Die Telefonnummer des State Departement, die zum Zwecke der Verifizierung unserer Legitimation dient, funktioniert zwar gut. Allerdings interessiert die örtlich Zuständigen nur in den seltensten Fällen, was das State Department sagt, solange ihr Ortsvorsteher uns nicht auf seiner Liste hat.

Da noch nie jemand von der OSZE gehört hat, führt unsere Mission immerhin dazu, dass wir immer wieder erklären müssen, um was es sich dabei handelt.

In zwei Wahllokalen erleben wir, dass aggressive Trump-Anhänger auf die Wahlhelfer und Verantwortlichen einreden und in einem Fall regelrecht Anweisung erteilen, uns rauszuschmeißen.

Vor diesem Wahllokal erleben wir auch eine ungewöhnliche, um nicht zu sagen unerlaubte Intensität von Wahlwerbung. In einem Umkreis von 30 Yards um das Wahllokal herum darf keine Wahlwerbung betrieben werden. Dieses Verbot wird in der Regel auch eingehalten.

An dem besagten Wahllokal müssen die Menschen allerdings regelrecht Spalier laufen und die Stimmung ist bedrohlich. Wir sehen ein Fahrzeug mit einem großen Banner mit der Aufschrift: „Indict her – Vote Trump“, das um das Wahllokal herum fährt.

Bis auf das erste Wahllokal am Morgen in Miami, besuchen wir ansonsten Wahllokale im Broward County, nördlich von Miami.

Obwohl wir uns in dem Bereich befinden, der von den Demokraten gewonnen werden soll und gewonnen wird, sind die Ergebnisse in unserem Schlusslokal erhellend – mit 5 Mal so viel Stimmen für Trump wie für Clinton. Wir ahnen erstmals, wie der Abend ausgehen könnte.

Die Ergebnisse werden nach Schließung der Wahl von den Scannern automatisch ausgedruckt und sehen aus wie Kassenzettel vom Supermarkt. Niemand hat diese Ergebnisse verlesen oder laut verkündet. Sie werden schlicht mit Tesafilm von Innen an die Glastür geklebt und sind damit öffentlich.

Dann fährt die Verantwortliche mit den Stimmzetteln, die aus dem Scanner heraus genommen und in eine dafür vorgesehene Tasche gepackt werden, in ihrem Privatauto alleine in die örtliche Zentrale.

Was unklar bleibt: Wie kommen die Ergebnisse überhaupt in der Zentrale an? Der einzige Ausdruck klebt an der Tür und das Internet soll ja angeblich bei der Übertragung der Ergebnisse nicht im Spiel sein.

Auch unser verantwortlicher OSZE Mitarbeiter in Miami kann uns diese Frage nicht beantworten.

Zurück im Hotel in Miami schreiben wir unseren Abschlussbericht und übermitteln ihn per Handyfoto an die OSZE Mission.

Um 22:00 Ortszeit steht für uns fest, dass Florida an Trump geht und Clinton auch insgesamt die Wahl nicht mehr gewinnen kann. Auch die deutschen Medien, wie bspw. SpiegelOnline, haben die entsprechenden Zahlen.

Nur CNN sendet noch drei Stunden lang weitere Meldungen, wonach das Rennen noch knapp und zu gewinnen sei.

Dass der „popular vote“, also die Mehrheit die insgesamt abgegebenen Stimmen, doch noch an Clinton ging, erfahren wir erst am nächsten Tag.

Die Rückreise hat etwas Fluchtartiges. Wir lassen ein Land zurück, indem die Hälfte der Menschen völlig verstört und entsetzt sind.

Selten habe ich mich so gefreut in der Sitzungswoche „mein Parlament“ im Reichstag wieder zu sehen!